

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 10

Artikel: Vom alten zum neuen Ulbricht?
Autor: Csizmas, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095415>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZEITBILD

AZ 3000 Bern 6

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

Stb.

12. Jahrgang Nr. 10
Erscheint alle zwei Wochen
Bern, 19. Mai 1971



Vom alten zum neuen Ulbricht?

In der DDR ist Walter Ulbricht als Parteichef durch Erich Honecker abgelöst worden. Erlauben es die Zeitumstände, diesem Wechsel eine politische Bedeutung zu geben?



Demontage in geordnetem Verfahren. Nachfolger konnte nur einer aus der Pyramide der vielen kleinen Ulbrichts werden.

IN DIESER NUMMER

- Breschnew-Doktrin in Staatsverfassung** 2
Nach dem bulgarischen Parteikongress
- Chruschtschew über Vietnam** 5
Anmerkungen von Peter Sager zu einer bestätigenden Aussage
- Die Erinnerungen von Nadeschda Mandelstam** 6
Valerij Tarsis über die sowjetischen Intellektuellen
- Immer weniger Juden in der UdSSR** 7
Zu den Ergebnissen der sowjetischen Volkszählung
- Das unmögliche Polen** 8
Eine ausgeschlossene Liberalisierung findet trotzdem statt

Bibliothek der
Bids. Techn.
Hochschule
Leonhardstr. 33
8006 Zürich

Es war eine für kommunistische Verhältnisse überaus korrekte Ablösung, und sogar die Begründung stimmte. Sechs Wochen vor dem SED-Parteitag bat Walter Ulbricht das Zentralkomitee, ihn von seiner Funktion als Erster Sekretär (Parteichef) zu befreien. «Gegen Jahre», sagte der alte Deutschtsochschewik, «ist leider noch kein Kraut gewachsen.»

Das ZK bestimmte auf Vorschlag des Demissionärs zu seinem Nachfolger Erich Honecker. Ulbricht bleibt vorläufig noch Staatsoberhaupt als Vorsitzender des Staatsrates und ist zudem «in Ehrung seiner Verdienste» zum Vorsitzenden der SED gemacht worden. Das ist zunächst ein Titel, der an sich nicht mit Machtausübung verbunden ist, wie sie dem Ersten Sekretär zukommt.

Ulbrichts Abgang war wegen seiner angegriffenen Gesundheit schon lange fällig. Nur hatte man nicht gedacht, dass er sein Amt direkt vor dem 8. Parteikongress niederlegen werde. Seine verbleibenden Funktionen als Partei- und Staatspräsident sind praktisch als Ehrenämter zu betrachten. Und in absehbarer Zeit dürfte Ulbricht, der Ende Juni 78 Jahre alt wird, wohl auch den Posten eines Staatsratsvorsitzenden abgeben. Vielleicht an den gegenwärtigen Ministerpräsidenten Willi Stoph, den man zuvor vielfach als den künftigen Parteichef angegeben hatte. Der Rücktritt an der Spitze lässt mit der Zeit überhaupt noch einige Verschiebungen in der Hierarchie erwarten, die frühestens nach dem Parteitag in Erscheinung treten werden.

Aber der Rücktritt Ulbrichts bedeutet keine Zäsur, jedenfalls nicht in der Politik, welche die
(Fortsetzung auf Seite 9)

UdSSR oder in Osteuropa — mit Ausnahme der Tschechoslowakei von 1968!) würde genügen, anzuzeigen, dass tatsächlich eine unermesslich größere Aktionsfreiheit der Presse besteht. Im übrigen befasste sich jene Diskussion, wie überhaupt ein gewichtiger Teil der Diskussion in den polnischen Massenmedien, direkt oder indirekt mit Fragen der Zensur, das heisst mit Angriffen auf ihre bisherige Handhabung, wenn nicht auf ihre Existenz überhaupt.

Die Abrechnung mit der unmittelbaren Vergangenheit hat in Polen dazu geführt, dass man auch mit vielen Mängeln abrechnet, die systembedingt sind. Sie sprengt schon recht deutlich den allerdings immer schwer zu definierenden Rahmen der in kommunistischen Verhältnissen je nach Umständen mehr oder weniger erwünschten «Kritik und Selbstkritik».

In der Innenpolitik gibt es schon fast keine Tabus mehr, oder dann nur angeschlagene. Natürlich bleibt das Bekenntnis zum «Sozialismus», aber wenn er im Gegensatz zu dem definiert wird, was er bisher war, bedeutet das noch keine grosse Schwächung der Absage.

Soziale Missstände anzuprangern (miserable Wohnverhältnisse, schlechte Arbeitsbedingungen, menschenunwürdige Behandlung verschiedener Bevölkerungsgruppen, schlechte Entlohnung, mangelhafte Dienstleistungen usw.) ist schon längst kein Anliegen der «oppositionellen» Kräfte, sondern eine Pflichtübung der offiziellsten und gewichtigsten Organe, wie etwa «Trybuna Ludu». Ganz nebenbei zeigt sich aus diesen Schilderungen auch, dass die diesbezüglichen Verhältnisse sehr viel schlechter sind, als es die «objektive Presseberichterstattung» im Westen wahrhaben wollte, und dass eigentlich nur die «sattsam bekannten antikommunistischen Greuelmärchen» hier einigermaßen den Tatsachen gerecht wurden, und manchmal erst noch eher mit Untertreibungen.

Aber bei der Darstellung der Zustände macht die polnische Diskussion heute bereits nicht mehr halt, sondern befasst sich auch mit der Darstellung der Ursachen, und hier öffnet sich nun innerhalb des monopolistischen Informations- und Meinungsapparates ein schon beinahe pluralistisches Spektrum.

Völlig intakt bleibt bei alledem das aussenpolitische Tabu — eine höchst begreifliche Erscheinung. Aber sonst scheint in Polen der «neue Ton» tatsächlich tonangebend geworden zu sein.

Wir hatten diesen Frühling zur Lage in Polen geschrieben: «In der heutigen Landschaft Osteuropas ist angesichts der sowjetischen Haltung irgendein Emanzipationsprozess in der Art des Prager Frühlings undenkbar und unmöglich.» Heute möchte man beinahe hinzufügen: «Aber er findet trotzdem statt.» Das anhaltende polnische Geschehen enthält tatsächlich einiges, was einen perplex machen kann.

Der Sturz von General Moczar ist nicht so sehr als Ausgang eines personellen Rivalenstreites interessant (natürlich gibt es auch diesen Hintergrund), sondern vielmehr als Symptom für das Entstehen einer öffentlichen Meinung, durch welche die Kräfte der Repression seit der Bildung der neuen Führung Schritt für Schritt in die Defensive gedrängt worden sind. Der Punkt scheint überschritten, da interne Mittel ausreichen könnten, diese Entwicklung zurückzunehmen.

Christian Brügger

Ulbricht

(Fortsetzung von Seite 1)

DDR macht und welche von Moskau aus durch die DDR gemacht wird.

Nachfolger Erich Honecker, 58, ist ein Vierteljahrhundert lang von Ulbricht systematisch für eine künftige Spitzenposition aufgebaut worden. Er kann sich kaum vom Schatten seines Mäzens trennen, und ob er es überhaupt möchte, das weiss man nicht. Der neue Mann ist gar nicht so neu, dafür aber um so besser vorgeprüft.

Honecker: Einer aus der Pyramide von lauter kleinen Ulbrichts

György Lukacs pflegte von der sowjetischen Führung zu sagen, sie sei eine Pyramide aus lauter kleinen Stalins. Und in der Entsprechung ist Honecker zweifellos einer aus der Pyramide lauter Ulbrichts. Sonst hätte er sich ja schon gar nicht in die Führung vorarbeiten können.

Schon die langjährige, engste Zusammenarbeit mit Ulbricht wäre geeignet, die in aller Welt gestellte Frage zu beantworten, ob der Wechsel in der ostdeutschen Parteiführung eine Aenderung der bisherigen Politik bedeute. Uebrigens hat Honecker in seiner Antrittsrede keinen Zweifel daran gelassen, dass er innen- und aussenpolitisch die vorgezeichneten Wege gehen wird. Insbesondere will er nach wie vor die DDR in sicherer Isolierung vor der BRD halten. Und wie Ulbricht verlangt er von Brandt weitere Vorleistungen. Warum sollte er auch nicht?

Der Musterzögling wurde zum Klassenaufseher

In Anbetracht der Lage, die keine Besserung verspricht, ist der Abgang Ulbrichts von der Bevölkerung nicht mit jener Erleichterung begrüsst worden, die sich seinerzeit bei der Entfernung der kleinen Stalins verschiedener osteuropäischer Länder in spontanen Ovationen ausgedrückt hatte. Aber dafür atmen jetzt in den diversen «Bruderländern» vermutlich etliche Parteiführer etwas auf.

Denn sie nehmen Anstoss nicht an den Zuständen (von denen auch sie als Diktatoren-Vasallen profitieren), sondern an der Person Ulbrichts. Dieser Ulbricht, der die sowjetischen Interessen im Ostblock sozusagen besser wahr-

zunehmen pflegte als die Sowjets selbst, bedeutete für manche seiner Amtskollegen im sozialistischen Ausland einen mittleren Alptraum. Er trat als der allerwachsamste Gralswächter des Leninismus gegen jegliche Regung auf ideologischem Gebiet auf und entdeckte auch oft die kleinsten Funken der Abweichung, bevor man sie noch aus den Fenstern des Kremls gesehen hatte. In dieser Hinsicht muss man ihm die weitgehendste Konsequenz zugestehen: Er war mehr Chefideologe als die Leute, die man so zu bezeichnen pflegt, und hat vielen das Fürchten beigebracht.

Es war Ulbricht, der stets für radikale Lösungen zur «Rettung des Sozialismus» plädierte, wie er denn seinerzeit sogar einen Krieg gegen das abtrünnige Jugoslawien als durchaus vertretbar erachtete. Seinem Nachbarn Dubcek traute er 1968 keine Minute lang und verlangte von Anfang an die Beseitigung der Prager Bazillen. Reaktionsfähigkeit zeigte er auch im Lavieren. Als sich in Danzig die Werftarbeiter erhoben und Gomulka weder ein noch aus wusste, stand am nächsten Morgen im «Neuen Deutschland» die Nachricht von einer breitangelegten sozialen Besserstellung der DDR-Arbeiter.

Der Kreml kann sich nichts Besseres wünschen als einen Ulbricht II.

Westliche Mutmassungen, die für den Rücktritt eines der stärksten Männer Osteuropas andere Ursachen als Gesundheits- und Altersgründe annehmen, treffen wohl nur ins Blaue (wohin sie wahrscheinlich auch gezielt sind).

Ulbricht ist nach Lenin und Stalin einer der erprobtesten Bolschewiki gewesen, der sich sechs Jahrzehnte lang — also länger noch als seine Vorbilder — stets für den sowjetischen Standpunkt eingesetzt hat, und wenn er sich zuweilen vielleicht päpstlicher als der Papst gebärdete, so war das in Moskauer Augen eine nützliche Eigenschaft — für die heutigen dogmatischen Kreml-Herren schon gar. Ihm aus politischen Gründen den Laufpass zu geben, dazu bestand für Breschnew-Doktrinäre weniger Anlass denn je. Sicherlich ist auch Honecker, der sich in Geheimdienst- und Militärangelegenheiten gründlich auskennt, für die Sowjets ein sehr brauchbarer Mann, aber am meisten geschätzt wird von ihnen wohl seine voraussichtliche Brauchbarkeit als Ulbricht II.

Michael Cszimas

